

STATEMENT BÄRBEL DIECKMANN, PRÄSIDENTIN DER WELTHUNGERHILFE

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten erschüttern die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Deutschen. Ich möchte Sie bitten, mit mir einen Blick auf jene Regionen der Welt zu werfen, in denen die Menschen meist unbeachtet von der Weltöffentlichkeit jeden Tag um ihr Überleben kämpfen müssen und deren Lage sich erneut zu verschärfen droht. Die Ausgangslage ist ihnen bekannt: Fast eine Milliarde, 963 Millionen Menschen, hungern, zwei Drittel von ihnen lebt auf dem Land. Es ist eine Schande, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer nicht gelungen ist, dass alle Menschen ein Leben in Würde und ohne Hunger führen können. Mit dieser Situation dürfen wir uns nicht abfinden, und ich werde mich als neu gewählte ehrenamtliche Präsidentin der Welthungerhilfe mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass endlich eine Trendwende eingeleitet wird. Sonst wird die Zahl der Hungernden noch in diesem Jahr auf mehr als eine Milliarde steigen.

In Kürze gibt es dazu wieder auf internationaler Ebene Gelegenheit: Die UN-Konferenz über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklung (UN Conference on the World Financial and Economic Crisis and its Impact on Development) findet im Juni in New York statt. Sie soll sich mit den einschneidenden Folgen der Krise für die Entwicklungsländer befassen. Sind die international vereinbarten Entwicklungsziele gefährdet? Von ihren Ergebnissen wird es abhängen, ob die UN in der künftigen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur eine nennenswerte Rolle spielen kann oder ob sie das Feld der G20 (Gruppe von Industrie- und Schwellenländern) und den Bretton Woods Institutionen, also Weltbank und IWF, überlassen muss.

Aus Sicht der Welthungerhilfe müssen die Auswirkungen auf Millionen hungernder und armer Menschen in Afrika, Lateinamerika und Asien im Zentrum stehen. Entwicklungsländer können keine Milliarden umfassenden Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft auflegen. Die Konferenz ist von großer Bedeutung, weil die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise längst auf die Entwicklungsländer überschwappt sind. Die Realität des Lebens wird heißen: weniger Gesundheit, weniger Schul- und Ausbildung, weniger Ernährung – weniger Perspektiven und Chancen auf ein menschenwürdiges Leben.

Nachdem es zunächst so aussah, als wären die Entwicklungsländer nur wenig von der Finanzkrise betroffen, lassen erste Prognosen inzwischen das Schlimmste befürchten. Die Kindersterblichkeit könnte laut Vorhersagen der UN in Folge der Finanzkrise um bis zu

400.000 Kinder pro Jahr steigen. Mindestens 53 Millionen Menschen mehr werden unter die absolute Armutsgrenze (weniger als 1,25 Dollar oder 0,75 Euro pro Tag) fallen. Die Einkommen der 390 Millionen ärmsten Afrikaner werden um bis zu 20 Prozent sinken. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird die Zahl der Arbeitslosen auf über 30 Millionen verglichen mit 2007 steigen.

Ursachen für die Misere sind unter anderem der Abzug von Investitionen aus Entwicklungsländern, sinkende Entwicklungshilfeszahlungen, Exporteinbrüche, eine hohe Inflation und das Ausbleiben der Auslandsüberweisungen von Familienangehörigen. Zwar sind die Auswirkungen der Krise in ländlichen Räumen schwer im Überblick einzuschätzen; es lässt sich jedoch vermuten, dass gerade hier, wo die ärmsten Bevölkerungsschichten leben, die Auswirkungen der Krise besonders gravierend sein werden.

Ein paar Auswirkungen im Überblick:

- Aufgrund der sinkenden Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte bleiben die Erzeuger von Erdnüssen, Baumwolle oder Ananas auf ihren meist schnell verderblichen Erzeugnissen sitzen oder müssen unter den Herstellungskosten verkaufen, weil sie den Erlös zum Überleben benötigen. In *Peru* zum Beispiel sind die Hauptleidtragenden der Finanzkrise die Züchterfamilien von Alpacas. Die Weltmarktnachfrage nach der hochwertigen Alpaca-Wolle ist praktisch kollabiert. Die von der Alpaca-Zucht lebenden Familien erhalten nur noch zehn Prozent des ursprünglichen Weltmarktpreises. Im Departement Ayacucho, wo die Welthungerhilfe mit eigenen Projekten vertreten ist, sind etwa 4000 Familien von der Situation betroffen. Sie leben in den Hochlandgebieten fast ausschließlich von der Alpaca-Zucht und dem Wollverkauf.
- Auch die verarbeitende Industrie bekommt die sinkende Nachfrage zu spüren: In *Kambodscha* sind in den vergangenen Monaten bereits 51.000 Arbeitsplätze in der Baumwoll- und Bekleidungsindustrie verloren gegangen. In *Sambia* verloren im Jahr 2008 weit über 8.000 Minenarbeiter ihre Arbeit. In *Indien* haben nach Schätzungen des Arbeitsministeriums bis April 2009 bereits 1,5 Millionen Menschen ihre Jobs im Exportsektor verloren.
- Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu geringeren Rücküberweisungen in die Heimatgebiete und zu einer langsam steigenden Rückwanderung in die ländlichen Gebiete. Die Folgen der ausbleibenden Überweisungen von Verwandten sind gravierend. Viele Familien verwenden das Geld, das ihnen von Verwandten in den großen Städten oder im Ausland geschickt wird, um das Schulgeld für ihre Kinder aufzubringen. Weil das Geld fehlt, müssen die Kinder zu Hause bleiben. Auch die Ernährung der Kinder ist aufgrund der fehlenden Unterstützung der Verwandten teilweise nicht mehr sicher gestellt. In den Armenvierteln von *Haiti* beispielsweise beklagen viele Menschen, dass die Ernährung ihrer Kinder in den vergangenen Monaten schwieriger geworden ist. Und das obwohl die Nahrungsmittelpreise seit dem vergangenen Jahr sogar gesunken sind. In *Äthiopien* hat der Rückgang der Auslandsüberweisungen zu einem Rückgang der privaten Investitionen etwa im Wohnungsbau geführt.

- Die Kürzung von Entwicklungshilfe könnte wie in *Kenia*, das bereits vor der Finanzkrise Einbußen hinnehmen musste, zu einer Einschränkung der nationalen Ausgaben für Armutsprogramme führen. *Sambia* hat die Ausgaben für soziale Sicherungssysteme bereits drastisch gesenkt. *Uganda* und *Nigeria* haben ähnliche Schritte angekündigt. Auch die Arbeit von vielen Nichtregierungsorganisationen ist durch ein Absinken der Entwicklungshilfe gefährdet. In Uganda sind die Zahlungen an Nichtregierungsorganisationen bereits um 5,3 Prozent gesunken.

Unsere Forderungen zur bevorstehenden UN-Konferenz: Die Welthungerhilfe unterstützt die Forderungen der Stiglitz-Kommission, einem vom Präsidenten der UN-Generalversammlung einberufenen Expertengremium unter Führung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz. In diesem Gremium ist auch Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul Mitglied, die Deutschland auf der Sitzung vertreten wird. Nach dem Vorschlag der Kommission soll ein Prozent der von den Industrieländern aufgelegten Konjunkturpakete den Entwicklungsländern zur wirtschaftlichen Erholung und Bekämpfung der Folgen der Krise zugute kommen – und das ausdrücklich zusätzlich zur versprochenen kontinuierlichen Steigerung der staatlichen Entwicklungshilfe.

Wir fordern faire wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungshilfe, die einen Schwerpunkt auf die Sicherung der weltweiten Ernährung setzt. Das heißt konkret:

Die Ausgangslage

- Die weltweite Ernährungssicherheit ist immer stärker bedroht. Die Nachfrage steigt. Die Bevölkerung wächst weiter, die Menschen wollen mehr und besser essen. Gleichzeitig bekommt die Produktion von Nahrungsmitteln Konkurrenz: In der Landwirtschaft werden zunehmend Futtermittel, Kraftstoffpflanzen (für Bioenergie) und Faserpflanzen (für Kleidung und Industrie) angebaut.
- Zwei von drei Hungernden leben auf dem Land. Es sind Kleinbauern und Landlose. Ihr Zugang zu den Weltmärkten ist mangels Verkehrsanbindung eingeschränkt. Sie profitieren nicht von Marktchancen, sondern sind den schwankenden Preisen für Nahrungsmittel ausgeliefert. Ihre Anbauflächen sind meist zu klein, um Überschüsse zu produzieren. Sobald die Ernte aufgebraucht ist, müssen sie Nahrungsmittel kaufen – aber dazu fehlt meist das Geld.
- Weder G8 noch G20 noch ein neues Globales System werden ihren Hunger beseitigen. Sie können lediglich für faire und entwicklungsfreundliche globale Rahmenbedingungen sorgen – und das müssen sie auch! Faire Rahmenbedingungen, das heißt: Abschaffung aller marktverzerrenden Subventionen und Handelschranken, mehr Transparenz und Mitspracherecht für Empfängerländer, Investitionen in Schlüsselsektoren, an denen die Empfängerländer den größten Bedarf haben.
- Die jüngste Krise hat gezeigt, dass das blinde Vertrauen in die Märkte die Welt in eine gefährliche Schiefelage gebracht hat. Daraus folgt nicht, dass man nun den Kapitalismus abzuschaffen muss. Aber der Staat muss dem Gewinnstreben dort Schranken setzen, wo das Wohl der Allgemeinheit gefährdet ist, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Wir fordern deshalb:

- Von den staatlichen Gebern von Entwicklungshilfe international: Dass sie mehr in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer investieren. Die Landwirtschaft darf nicht nur dem Export von Nahrungsmitteln oder Biokraftstoffen dienen, sondern muss so entwickelt werden, dass alle Bewohner des Landes satt werden und nicht die Hungernden leer ausgehen. Beispiel Indien: Dort werden tausende Tonnen Weizen exportiert, gleichzeitig hungern dort mehr Menschen als in Afrika südlich der Sahara. Der Anteil der internationalen Entwicklungshilfe für die ländlichen Gebiete ist von 17 auf vier Prozent gesunken. Wir fordern 10 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr, so könnten wir das Millenniumsziel 1 erreichen, bis 2015 die Zahl der Hungernden zu halbieren. Die Bedeutung des Agrarsektors für die Überwindung der Ernährungskrise ist im vergangenen Jahr nach der rasanten Erhöhung der Nahrungsmittelpreise wieder in den Blickpunkt gerückt. Auf dem Ernährungsgipfel in Rom im Juni vergangenen Jahres wurden kurzfristig mehr als 12 Milliarden Dollar (8,5 Milliarden Euro) für den Agrarsektor versprochen – davon sind bislang aber erst weniger als zehn Prozent tatsächlich an die Empfängerländer geflossen. Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise birgt die Gefahr, dass die versprochenen Gelder in andere Bereiche umgelenkt werden. Wenn der Agrarsektor in den Entwicklungsländern nach den vollmundigen Ankündigungen wieder vernachlässigt wird, wäre das mit Blick auf die Hungerbekämpfung fatal!
- Von Deutschland als einem der größten Geber von Entwicklungshilfe weltweit: Deutschland hat den Schwerpunkt ‚Ernährung sichern‘, zu dem auch Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gehören, weder für Afrika noch für Asien als Schwerpunkt seiner regionalen Strategien aufgenommen – obwohl es sich um die vom Hunger am schwersten betroffenen Kontinente handelt. In Afrika hungern 212 Millionen, in Asien 584 Millionen Menschen. Der Schwerpunkt ‚Ernährung sichern‘ muss für die beiden Hungerkontinente unbedingt in die Strategien aufgenommen werden! Insgesamt liegt die deutsche staatliche Entwicklungshilfe für Landwirtschaft unter zwei Prozent! Deutschland sollte mit gutem Beispiel voran gehen und sich auch bei den bevorstehenden Konferenzen dafür einsetzen, dass ländliche Entwicklung wieder zu einem Schwerpunkt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wird.
- Wir fordern mehr Regulierung auf den globalen Getreidemärkten. Grundnahrungsmittel dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Die hektischen Ausschläge nach oben und unten machen Investitionen in die eigene Landwirtschaft für arme Länder zum schwer kalkulierbaren Risiko.
- Wir fordern von den staatlichen Gebern mehr Mittel für private Hilfsorganisationen, die die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländern direkt oder mit Hilfe von einheimischen Partnerorganisationen dabei unterstützt, sich nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe selbst zu ernähren. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen aus ihrer Armutsfalle befreit werden: Sie brauchen bessere Anbaumethoden, besseres Saatgut, Bewässerung und Straßen um zum nächsten Markt zu gelangen. Und sie brauchen durch bessere Bildung neue Erwerbschancen auf einem Arbeitsmarkt

außerhalb der Landwirtschaft, zum Beispiel in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

- Im vergangenen Jahr – Herr Preuß wird Ihnen gleich mehr dazu berichten – haben uns unsere Spenderinnen und Spender trotz der Probleme auch in Deutschland weiterhin unterstützt, dafür sind wir sehr dankbar. Wir hoffen aber auch, dass sie uns künftig noch stärker dabei helfen, den Hunger dort zu bekämpfen, wo er am meisten brennt.

Es reicht nicht, guten Willen kundzutun. Die Hungerkrise muss mit noch stärkerem Elan als die Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpft werden. Die weltweite Ernährungssicherung muss oberste Priorität haben. Rettungspakte sind wichtig, aber Nullen allein machen nicht satt.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.